Deutsches Reich.

* Der Elsaß-Lothringische Landesausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 13. d. auch mit der Kaiserlichen Tabaksmanufaktur beschäftigt, da der für das folgende Jahr im Landeshaushalts-Etat als muthmaßliche Einnahme eingestellte Posten von 610,850 M. zur Berathung stand. Der Abg. Baron Hugo Zorn v. Bulach besprach die schlechten Ergebnisse der Manufaktur in der letzten Zeit. Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr führte demgegenüber aus, daß der Absatz der Manufaktur auf die Dauer allerdings nicht den großen Umfang beibehalten habe, den er direkt nach der Betriebserweiterung angenommen. Auf dem Gebiete der reinen Geldabrechnung mit der Landeshauptkasse sei aus diesem Anlasse allerdings eine Verminderung eingetreten. Diese trage aber nicht den Charakter eines Defizits, da ihr ein Gegenwerth in Gestalt großer Waarenvorräthe gegenüber stehe. Ein abschließendes Urtheil über die wirthschaftlichen Erfolge der Betriebserweiterung könne augenblicklich noch nicht gegeben werden, da man ja nicht wisse, zu welchen Preisen die auf Lager befindlichen Vorräthe verkauft werden könnten. Daß die Manufaktur gerade im letzten halben Jahre unter sehr ungünstigen Verhältnissen gearbeitet habe, sei einerseits auf das Entgegenwirken der Konkurrenz, andererseits auf den Umstand zurückzuführen, daß eine Masse ursprünglich an Verkaufsstelleninhaber in Deutschland geliefert, dort aber nicht abgesetzer Waaren nach Elsaß-Lothringen zurückgeströmt sei und hier natürlich den anderweiten Waaren der Manufaktur selbst das Feld verengt hätte. Sobald die Verhältnisse mit den altdeutschen Unternehmern abgewickelt seien, dürfe mit Sicherheit erwartet werden, daß das Geschäft in Elsaß-Lothringen sich neu beleben werde. Im übrigen sei auch ein Verkauf des vorhandenen Waarenstocks im nächsten Jahre sehr wahrscheinlich; in welchem Umfange, das lasse sich allerdings noch nicht angeben. Dies Vertrauen in die Absetzbarkeit der strafburger Produkte wurde zwar von einigen nachfolgenden Rednern nicht getheilt, schließlich aber doch der obige Einnahmeposten in den Etat eingestellt.

* Betreffs der mit Frankreich abzuschließenden Literarkonvention wird seitens der Reichsregierung an die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten die Aufforderung gerichtet werden, sich über diese Angelegenheit gutachtlich zu äußern. Nach erfolgtem Abschluß der Verhandlungen im Bundesrath dürfte über dieselben in ausführlicher Weise Bericht erstattet und gleichzeitig die von den Sachverständigen abgegebenen Gutachten veröffentlicht werden.

* Mittels besonderer Kabinetsordre ist der Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath, Standesherr auf Amtitz, auf Grund erblicher Berechtigung in das Herrenhaus berufen worden.

* Die Nürnberger Stadtverordneten haben die Aufhebung des Schulgeldes beschlossen und es soll Aussicht vorhanden sein, daß der Magistrat sich diesem Beschlusse anschließt.

* Die österreichische Regierung hat es abgelehnt, die Betheiligung der österreichischen Landwirthschaft an der diesjährigen internationalen Viehausstellung in Hamburg staatlich zu organisiren und zu unterstützen, und zwar, wie die „Neue Fr. Pr." meint, wegen der „mißlichen handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland." Infolgedessen hat das österreichische Aktionscomité der Ausstellungs-Direktion in Hamburg die Mittheilung zugehen lassen, daß dasselbe zu seinem größten Bedauern nicht in der Lage sei, für die Beschickung der Ausstellung mit Hornvieh aus Oesterreich zu wirken, da auf eine Betheiligung von dort, namentlich aus den Alpenprovinzen, ohne die materielle und moralische Unterstützung des Ministeriums nicht zu rechnen sei.

Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

Herrenhaus

10. Sitzung vom 16. März.

Am Regierungstische: Maybach, Lucius, Friedberg, Scholz, Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min.

Das Gesetz, betr. die Ausdehnung des nassauischen Zentralkirchenfonds auf die vormals großherzoglich hessischen Theile des Konsistorialbezirks Wiesbaden wird ohne Diskussion in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der beiden untersten Stufen der Klassensteuer berichtet namens der Kommission für Staatshaushalt und Finanzen Herr Oberbürgermeister Becker (Düsseldorf). Die Kommission hat die Beschlüsse des anderen Hauses einstimmig angenommen.

Graf Udo v. Stolberg will dem Entwurfe, wie er jetzt gestaltet sei, seine Zustimmung geben, obwohl nur ein Torso von der Vorlage übrig geblieben und es sehr zu bedauern, daß die Licenzsteuer nicht angenommen und so auch die Beseitigung der dritten und vierten Stufe der Klassensteuer zur Unmöglichkeit geworden sei. Der im Abgeordnetenhause beschlossenen Resolution auf baldige Vorlegung eines Entwurfs, betr. die organische Reform der direkten Steuern in Preußen, könne er nicht in allen Punkten beistimmen, namentlich sei die technische Durchführung der Deklarationspflicht beim mittleren Grundbesitz, beim Gewerbebetriebe und beim mobilen Kapital eine Unmöglichkeit. Außerdem werde schon jetzt trotz ausdrücklichen Verbotes in die wirthschaftlichen Verhältnisse seitens der Behörden sehr tief eingedrungen. Leihe Jemand in der Rheinprovinz auch nur die kleinste Summe auf Hypothek aus, so werde sofort der Landrath des Kreises, in welchem der Verleiher seinen Wohnsitz habe, im „Steuerinteresse" davon benachrichtigt. Als Staatssteuer sei die Klassensteuer ganz abzuschaffen. Im Reiche müsse die direkte Besteuerung gefordert werden, die Behauptung, daß die indirekte Steuer die unteren Klassen drücke, sei nicht richtig; der Arbeiter schlage die Vertheuerung der Lebensmittel einfach auf den Lohn.

Herr Bredt stimmt dem Gesetzentwurf ebenfalls zu, betont aber die Dringlichkeit der Entlastung der Kommunen und fordert den Wegfall des Systems der Zuschläge und die Wiedereinführung des Octrois. Die Kommunen hätten jetzt das Odium für die Forterhaltung der beiden untersten Stufen allein zu tragen.

Finanzminister Scholz erwidert, schon die Thronrede habe die Dringlichkeit des Bedürfnisses der Erleichterung der Kommunen betont. Ein Spionirsystem der Steuerbehörden bestehe nicht.

Generalsteuerdirektor Burghart stellt das letztere ebenfalls in Abrede und fordert den Grafen Stolberg auf, den Nachweis für seine Behauptung zu führen.

Graf Stolberg erwidert, daß ihm in solchen Fällen als Landrath seitens des Gerichts die betreffenden Mittheilungen stets zugegangen seien.

Herr v. Borsch kann diese Thatsache aus seinen Erfahrungen ebenfalls bestätigen.

Herr Meyer stellt in Abrede, daß im allgemeinen derartige Anweisungen an die Gerichte ergangen seien.

Auch Herr Breslau nimmt an, daß Graf Stolberg sich in einem thatsächlichen Irrthum befinde.

Die Generaldiskussion wird darauf geschlossen und das Gesetz ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung des Staatshaushaltsetats für 1883/84.

Referent ist Graf von Ziethen-(Schwerin).

Herr Stumm betont in der Generaldiskussion, daß der Etat eine erhebliche Besserung gegen die Vorjahre aufweise, daß das Defizit aber doch noch 23 Millionen, und wenn man ganz genau die ungedeckten Ausgaben zusammenstelle, gegen 40 Millionen betrage. Dieses Defizit und die Nothwendigkeit seiner Deckung durch Anleihe müsse endlich aus dem Etat verschwinden, da durch dasselbe das Budgetrecht des Herrenhauses erheblich eingeschränkt werde, und dieses Ziel könne auch ohne Inanspruchnahme des Reichs erreicht werden. Die neuen Einnahmequellen im Reiche würden ohnehin sehr große Erträge nicht liefern; Tabak, Bier und Branntwein seien ziemlich aussichtslos und auch dem Zucker dürfe man nicht zuviel zumuthen. In Preußen allein aber könne die Reform der direkten Personalsteuern und die Einführung der Deklarationspflicht, die er befürworte, die Mittel zur Beseitigung des Defizits beschaffen. Eine schwierige Frage bezüglich der ungeheuren Kosten sei freilich die Frage der Ausdehnung unseres Kanalnetzes. Auch bei den Kanälen müsse man, wie bei den Eisenbahnen, die Erzielung von Ueberschüssen erstreben. Zum Schluß hebt Redner hervor, daß die Früchte der segensreichen Zollpolitik von 1879 sich in dem Etat darin geltend machten, daß Preußen zwar 44 Millionen Matrikularbeiträge an das Reiche zahle, dagegen 55 Millionen aus den Zoll- und Steuereinnahmen überwiesen erhalte. Die Ablehnung der Forderung für den Volkswirthschaftsrath bedaure er, hoffe aber, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieser Institution im Abgeordnetenhause sich in Zukunft auch Bahn brechen werde.

Herr Prof. Baumstark bezweifelt, daß die Besserung auf die Zollpolitik von 1879 zurückzuführen sei, es habe sich in Europa und namentlich in Amerika ein allgemeiner Aufschwung gezeigt.

Graf Udo Stolberg erklärt sich nochmals gegen die Deklarationspflicht, deren technische Durchführbarkeit gar nicht zu übersehen sei. Der Zucker werde auch nicht allzugroße Beträge abwerfen, auch nicht die Börsensteuer. Wirklich bedeutende Summen werde man nur erreichen, wenn man den Tabak, wo er gerauscht, und den Spiritus, wo er getrunken werde, besteuere.

Oberbürgermeister Lindemann bestreitet, daß man von den Kanälen Ueberschüsse zu erzielen bestrebt sein müsse. Derselben Ansicht tritt Minister Maybach bei.

Die Generaldebatte wird darauf geschlossen: in der Spezialdebatte erhebt sich eine Diskussion von prinzipieller Bedeutung nur beim Kultusetat.

Freiherr v. Landsberg-Steinfurt beklagt, daß die Regierung das Ultimogesetz unausgeführt gelassen habe: das katholische Volk sei durch die bezüglichen Erklärungen des Kultusministers im anderen Hause nicht überzeugt. Von allen Seiten, auch von der Kölnischen Zeitung, werde jetzt eine organische Revision der Maigesetze für unumgänglich erklärt. Bei dem Anwachsen der radikalen und umstürzlerischen Tendenzen in allen Ländern dürfe es die Regierung nicht gleichgiltig mit ansehen, daß ganze Generationen ohne Religion und ohne Unterweisung im christlichen Glauben aufwüchsen, die Regierung müsse vielmehr auf dem im vorigen Jahre eingeschlagenen Wege fortschreiten.

Die Herren Graf v. Brühl und Fürst Ferdinand Radziwill unterstützen die Ausführungen des Freiherrn v. Landsberg, während die Herren Adams und Hache sich auf den Standpunkt der Staatsregierung stellen.

Der Etat, das Etats- und das Anleihegesetz werden darauf einstimmig genehmigt und um 4 Uhr die Vertagung der Sitzung durch den Minister v. Puttkamer verlesen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 16. März.

Am Ministertisch: v. Puttkamer.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Vor der Tagesordnung nimmt das Wort

Abg. Kantak, um dem Hause mitzutheilen, daß ihm von dem Oberlehrer Windscheid am Marienggymnasium in Posen ein Schreiben zugegangen sei, in welchem Herr Windscheid in Abrede stellt, sich in der Weise benommen zu haben wie Kantak es neulich im Hause dargestellt habe. Er bleibe aber bei seiner Ansicht, daß das Benehmen des Herrn Windscheid nicht zu billigen sei.

Es folgen Wahlprüfungen.

In der Stadt Potsdam ist der Landrath v. Rauchhaupt mit 121 Stimmen gewählt worden, während sein Gegner Büchtemann 60 Stimmen erhielt. Gegen die Wahl ist ein Protest eingegangen. Die Protesterheber führen darin den Ausfall der diesmaligen Wahlen hauptsächlich darauf zurück, daß alle von den Konservativen abhängigen Wähler planmäßig eingeschüchtert und beeinflußt seien. Die Beeinflussung sei von den Behörden ausgegangen, die sich als Mittel dazu namentlich des Neuen Wahlvereins bedient hätten. Durch das Beispiel der ersten Beamten veranlaßt, wären auch die übrigen demselben beigetreten, desgleichen die von den Behörden abhängigen Arbeitgeber. Durch die Polizei und Offiziere sei auf die Geschäftsleute eingewirkt, indem man in Rücksicht auf die Vergebung von Lieferungen Anfragen an sie gestellt habe über ihre politische Gesinnung und Stimmenabgabe bei der Wahl, auch sei bekannt geworden, daß man von seiten der Behörde eine vollständige Kontrole der politischen Gesinnung der Beamten geführt habe. Diese Angaben bemühen sich die Protesterheber durch eine Reihe von Mittheilungen zu beweisen. Die Kommission war, wie der Referent Abg. v. Lücken ausführt, der Ansicht, daß wenn die im Protest behaupteten Thatsachen sich auch als richtig herausstellen, dieser Umstand unmittelbar auf die Giltigkeit der in Rede stehenden Wahl keinen Einfluß haben könnte und beantragt daher, die Wahl für giltig zu erklären, aber die in dem Wahlprotest enthaltenen Behauptungen der Regierung zur Anstellung von Ermittelungen und Mittheilung des Ergebnisses an das Haus zur Kenntniß zu bringen.

Abg. v. Dirichlet beantragt dagegen, die Wahl zu beanstanden und die Regierung aufzufordern, Untersuchung über die im Protest behaupteten Vorfälle anzustellen und dem Hause von deren Ausfall Kenntniß zu geben.

Abg. v. Liebermann ist bemüht, die vorgetragenen Thatsachen als durchaus gesetzlich und harmlos darzustellen und bittet, dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Nachdem sich noch die Abg. Reichensperger (Köln) und v. d. Gröben für den Antrag der Kommission, Abg. Francke für den Antrag Dirichlet erklärt, wird der letztere abgelehnt; dafür stimmt die gesammte Linke. Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen, für denselben stimmen die Rechte und das Centrum.

Die Wahlen der Abg. v. Gramatzki und Schröder, Burchard und Hogrefe, Dr. Löwe, Dr. Schulz und Berger, Cremer und Wolff, l'Hardy, v. Perbandt und Roth werden ohne Debatte für giltig erklärt.

Es folgen Berichte der Kommission für Petitionen.

Der Magistrat zu Tilsit trägt darauf an, zu bewirken, daß eine Verfügung des Regierungspräsidenten Steinmann zu Gumbinnen, wonach der Magistrat jedesmal vier Wochen vor den Wahlen die in Aussicht genommenen Wahllokale dem Regierungspräsidenten anzeige, aufgehoben werde.

Die Kommission beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Otto beantragt dagegen, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Zelle befürwortet den Antrag. Die Verfügung involvire eine Demüthigung des Magistrats von Tilsit und Präsident Steinmann habe zu deren Erlaß durchaus keine Veranlassung gehabt. Es wäre nicht gut, wieder ähnliche unerquickliche Zustände wie unter Präsident Maurach herbeizuführen.

Minister v. Puttkamer bezeichnet das Aufsichtsrecht der Regierung über die Magistrate als unzweifelhaft und bittet, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Abg. v. Minnigerode bezeichnet Herrn v. Maurach als einen Ehrenmann. In der Konflikts zeit sei man auf beiden Seiten scharf gewesen und auf einen groben Klotz gehöre ein grober Keil.

Abg. Dirichlet: Seit Herr Steinmann Präsident in Gumbinnen ist, hat er zahlreiche Konflikte gehabt. Es wäre wohl erwünscht, wenn der Herr Minister in versöhnendem Sinne auf Herrn Steinmann einwirken würde und deshalb möchte ich bitten, den Antrag Otto zu annehmen.

Minister v. Puttkamer erklärt, daß Präsident Steinmann durchaus das Vertrauen seiner Vorgesetzten genieße und daß dieses durch die heutigen Ausführungen des Abg. Dirichlet nicht erschüttert worden sei.

Hierauf wird der Antrag Otto abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Mehrere gleichlautende Petitionen von Subaltern- und Unterbeamten aus 22 Städten der Monarchie um Aufbesserung ihrer Pensionsverhältnisse im Wege der Gesetzgebung werden auf den Antrag des Abg. Schmidt (Stettin) der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Der Redacteur Fränkel und der Kaufmann Lazarus zu Berlin petitioniren um Aufhebung der Verordnungen vom 5. Juli 1847 und vom 25. Juni 1867, welche das Spielen in auswärtigen Lotterien mit Strafe bedrohen.

Abg. v. Cuny beantragt im Namen der Justizkommission, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Munckel beantragt, die Petition der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Bei der Gründung des deutschen Reiches habe man geglaubt, daß unter ausländischen Lotterien nur Lotterien außerhalb Deutschlands gemeint sein könnten, aber man verfolge das Spielen in Lotterien anderer deutschen Bundesstaaten nach wie vor. Das bedauerlichste dabei sei, daß die Strafbestimmungen in den verschiedenen Theilen Preußens verschieden seien, ein Zustand, der von dem Reichsgericht wiederholt als Anomalie bezeichnet worden sei. Aus der Thatsache, daß außer den 15,000 preußischen Loosen eine gleiche Anzahl Loose aus ausländischen Lotterien gespielt werden, kann man ersehen, wie das Spielen in Lotterien Bedürfniß geworden sei und obwohl man die Strafbestimmungen kenne, fühle man sich nicht zurückgeschreckt, weiter sein Glück in ausländischen Lotterien zu versuchen. Das öffentliche Rechtsbewußtsein in Preußen sei gegen jede Bestrafung wegen Spielkontravention. Eine demoralisirende Wirkung dieser Strafbestimmungen sei es, daß die Collecteure ausländischer Lotterien sehr oft sich weigern, Gewinne auszuzahlen, weil sie wissen, daß die Gewinner deshalb Klage nicht erheben können. Bemerkenswerth sei die Art und Weise, wie man mit den Loosehändlern verfährt; der Vertrieb preußischer Loose ist verboten, ausländische Loose dürfen sie auch nicht vertreiben, nichtsdestoweniger erhebe man von ihnen die Gewerbesteuer. Derartige Verhältnisse seien unhaltbar und fordern gebieterisch eine Neuregelung der Verhältnisse.

Abg. Windhorst möchte am liebsten das Lotteriewesen von Grund aus beseitigen. So lange es aber besteht, müsse man erwägen, wie dem unbefugten Betreiben von Loosen zu steuern ist. Intoleranz seien die verschiedenen Strafbestimmungen in den verschiedenen Provinzen. Die Ungleichheit müsse die Regierung jedenfalls auszugleichen bemüht sein.

Abg. Francke ist gegen den Antrag Munckel. Die Strafbestimmungen dürfen schon deshalb nicht aufgehoben werden, weil die Ueberschwemmung Preußens mit ausländischen Loosen dadurch nur vergrößert werden würde. Wenn die Kleinstaaten sich entschließen würden, die Anzahl ihrer Loose in ein vernünftiges Verhältniß mit ihrer Einwohnerzahl zu bringen, dann könnte man an ein Beseitigen dieser Bestimmungen denken.

Abg. Dr. Wagner fürchtet, daß durch Annahme des Munckelschen Antrages eine lebhafte Agitation für Verbreitung ausländischer Loose in Preußen sich entwickeln würde; man müsse es aber vermeiden, daß die Spielwuth des Volkes in dieser Weise stets neue Nahrung erhalte.

Abg. v. Zedlitz erklärt sich gleichfalls für Fortbestehen der Strafbestimmungen und gegen den Antrag Munckel.

Abg. Munckel bestreitet, daß sein Antrag die vom Abg. Wagner hervorgehobenen Wirkungen haben könne. Derselbe sei nicht allein aus wirthschaftlichen, sondern vorzugsweise aus rechtlichen Erwägungen hervorgegangen und will den geradezu unsittlichen Zustand beseitigen, daß in einem Lande dieselbe Handlung verschiedene Beurtheilung findet.

Abg. Hansen beantragt, hinter dem Antrag Munckel einzuschalten: „insoweit es sich um die Beseitigung der in Preußen herrschenden Ungleichheit der Strafbestimmungen handelt."

Abg. Wagner wiederholt, daß durch Aufhebung des Verbotes Preußen mit ausländischen Loosen überschwemmt werden würde und ist der Meinung, daß der Antrag Munckel nur die Interessen der Collecteure vertrete, die einen anderen, anständigeren Erwerb suchen mögen.

Abg. Munckel bestreitet diese Insinuation; er habe nur gesagt, daß, wenn man von den Loosehändlern Gewerbesteuer erhebe, ihnen auch der Vertrieb von Loosen gestattet sein müsse. Im übrigen sei er gleichfalls ein Feind des Lotteriewesens.

Darauf wird der Antrag Munckel mit dem Amendement Hansen angenommen.

Ueber eine Petition des Oberbürgermeisters von Köln um Erlaß von Bestimmungen dahin, daß für die Anstellung im Gemeindedienste die im städtischen Dienste invalide gewordenen Personen den Militärunwärtern gleichgeachtet werden, geht das Haus auf den Antrag der Kommission für das Gemeindewesen zur Tagesordnung über und beschließt die Petitionen mehrerer Kommunen wegen Heranziehung der juristischen Personen und Kommanditgesellschaften zu den Kommunallasten der Staatsregierung zur Berücksichtigung bei dem Entwurf des Gemeindesteuergesetzes zu überweisen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt:

Herr Minister von Puttkamer verliest darauf folgende königliche Verordnung, welche das Haus stehend anhört:

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden ꝛc. verordnen hierdurch nach Art der Verfassung:

Art. 1. Beide Häuser des Landtages sind vom 18. März bis 15. April einschließlich vertagt.

Art. 2. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt."

Präsident von Köller setzt die nächste Sitzung auf Montag, 16. April, 11 Uhr fest. Tagesordnung: Petitionen.

Schluß 2¾ Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

† **Nordhausen**, 16. März. Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den Schäfer Ihe aus Bliedungen wegen Brandstiftung und gegen den Gutspächter Friedrich Siese aus Gratzungen wegen Anstiftung dazu. Der Angeklagte Siese schuldete seinem Schäfer Ihe ein Darlehn von 260 Mark, welches dieser zurückhaben wollte. Siese redete hierauf dem Ihe ein, den Siese'schen Diemen, der zu 1800 M. versichert war, anzustecken, von der Versicherungssumme, die alsdann Siese erhalte, wolle er, Ihe, bezahlt werden. Am Abend des 21. November übergab Siese dem Ihe eine mit Petroleum gefüllte Flasche, Ihe begab sich mit derselben in die Feldflur nach dem Diemen, goß das Petroleum auf Stroh und setzte den Diemen in Brand. Dem Schützen Harkeben in Gratzungen gelang es einige Zeit darauf, in Ihe den Brandstifter zu ermitteln. Beide Angeklagte wurden heute für schuldig befunden und unter Annahme mildernder Umstände Ihe zu 1 Jahr und Siese zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt.

♁ **Ermsleben**, 15. März. Im Laufe dieser Woche fanden die öffentlichen Examen der hiesigen städtischen sowie auch der Fortbildungsschule statt. An 13 Schüler der letzteren wurden Prämien vertheilt. — Den Geburtstag Sr. Maj. feiern auch wir am 17. d. In den Schulen findet früh ein Festaktus statt. Der Kriegerverein hat eine Festlichkeit veranstaltet, in Strube's Hotel findet ein Festessen statt. — Heute früh verstarb nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18830318030/fragment/page=0001

langeren Leiden der letzte hiesige Veteran der Freiheitskriege, der Arbeiter Christian Sperling, im 90. Lebensjahre. Derselbe diente als Füsilier bei der 10. Kompagnie des königl. preußischen Infanterie-Regiments und nahm an vielen Kämpfen der Jahre 1813—15 theil, entrug glücklich alle Strapazen des Krieges und wurde als Getreter in seine Heimath entlassen.

M **Erfurt,** 16. März. In heutiger Schwurgerichtssitzung wurde gegen den Gerichtsvollzieher Karl Friedrich Busch von hier verhandelt. Im Laufe des Jahres 1882 hatte derselbe geständigermaßen zu 12 verschiedenen Malen Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft als Abschlagszahlungen empfangen, unterschlagen und dabei unterlassen diese Zahlungen in das Zwangsvollstreckungsregister einzutragen. In einem weiteren Falle hatte sich Busch einer einfachen Unterschlagung schuldig gemacht, als er von einem Wechselbetrage, den er im Auftrage der Erfurter Bank zu kassiren beauftragt war, die Summe von 350 M. nicht abliefere. Im ganzen waren von Busch 2071,31 M. unterschlagen worden. Der 52 Jahre alte Angeklagte war in allem geständig, sodaß auf die Vernehmung der Zeugen verzichtet werden konnte und dem Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Weydemann (Erfurt) nur übrig blieb, für Annahme mildernder Umstände zu plaidiren. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Jahre Gefängniß, von denen 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden und erklärte den Verurtheilten auf die Dauer von 5 Jahren für unfähig, öffentliche Aemter anzunehmen.

□ **Aus dem Kreise Quedlinburg,** 16. März. Mit dem 1. Juli wird in Frevburg eine städtische Sparkasse ins Leben treten. — Nach einer Verordnung des königl. Landraths muß jedes Fuhrwerk, welches nach Eintritt der Dunkelheit auf einer Provinzial-Chaussee oder Kreis-Chaussee oder auf der fiskalischen Straße Mücheln-Merseburg verkehrt, in der Zeit vom 15. Sept. bis 15. April mit einer brennenden Laterne versehen sein. Bei drei oder mehr hintereinanderfahrenden Wagen muß die vorgeschriebene Beleuchtung am ersten und letzten Fuhrwerke angebracht sein. — In einem Garten zu Möckerling wurde vor kurzem die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, als dessen Mutter die in Mücheln dienende Minna Albrecht ermittelt wurde. Die Genannte ist in das Gerichtsgefängniß eingeliefert und hat bereits ein umfassendes Geständniß abgelegt. — Durch die kalte Witterung und den reichlichen Schneefall sind die schon zurückgekehrten Singvögel sehr bedrängt. In unmittelbarer Nähe der Unstrut sieht man täglich große Schaaren von Staaren, Weindrosseln und Amseln, wo die sonst scheuen Vögel an den Ufern und den nicht zugefrorenen Gräben ihre Nahrung suchen. Auch Bachstelzen und Kibitze sind bereits eingetroffen. In der großjenaer Flur wurden auf einem Felde allein vier junge Häschen, vor Kälte erstarrt, vorgefunden. Der Schneefall dauert auch heute bei 5° Kälte fort.

† **Nordhausen,** 16. März. In der heutigen ordentlichen Generalversammlung der Harzer Aktien-Gesellschaft waren vier Aktionäre mit 441 Aktien und 88 Stimmen vertreten. Zum Mitglied des Aufsichtsraths an Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds, Kaufmann A. Hesse in Hettstädt, wurde Herr Bankier W. L. Hertslet in Berlin gewählt. Die Liquidatoren theilten mit, daß der Betrieb des Etablissements bis zum Verkauf resp. der Uebergabe des Geschäfts fortgesetzt werden könne und solle. Bekanntlich steht am 9. Mai Verkaufstermin an. Es werde beabsichtigt nach dem Termine die Materialien und Waaren, welche nicht mit verkauft werden, zusammen freihändig zu verkaufen und zwar nach vorheriger Genehmigung des Aufsichtsraths. Ueber das Schlußresultat der Liquidation ließe sich jetzt noch gar nichts bestimmtes sagen, da dasselbe von dem Ergebnisse des Verkaufs und dann auch von dem Ausgange des über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit der von Levenstein und Hollander ausgegebenen Obligationen schwebenden Prozesses abhänge.

× **Aus Ostthüringen,** 15. März. Im vorigen Jahre wurde in dem rührigen Weida eine Schulsparkasse ins Leben gerufen. Im Laufe des Jahres wurden 16,320 Sparmarken abgegeben, welche die Summe von 1632,20 M. repräsentiren. — Der Land- und forstwirthschaftliche Verein zu Schleiz hatte bei einer Mitgliederzahl von 194 im vergangenen Jahre eine Einnahme von 3135 M. — darunter ein Staatszuschuß von 600 M. — und eine Ausgabe von 1616 M. In der am 11. d. stattgehabten 59. Generalversammlung des Vereins sprach Dr. Settegast über: Die praktische Verwendung der gebräuchlichen künstlichen Düngemittel. Interessant war der Ausspruch Dr. Settegasts im Laufe des Vortrags, daß guter Stalldünger durch künstliche Düngemittel keineswegs ersetzt werden könne. In der bayrenther Gegend waren durch den Verein 4 Bullen und 3 Kälber angekauft worden, welche nach Schluß der Versammlung unter den Mitgliedern versteigert wurden. — Aus dem Bezirk der Konsularagentur Gera der Vereinigten Staaten sind im Monat Februar cr. Waaren ausgeführt worden im Betrage von 415,000 M. Es bedeutet dies eine Steigerung der Ausfuhr gegen den gleichen Monat des Vorjahres von 212,227 M. —

□ **Kassel,** 15. März. Am Sonntag ist hier der auch in weiteren Kreisen bekannte und geschätzte Maler Handwerk nach kurzer kaum zweitägiger Krankheit gestorben. Der Verstorbene war früher Lithograph und hatte sich durch großen Fleiß sehr bald zu einem angesehenen Maler emporgeschwungen. Sein Lieblingsfeld war die Pferdemalerei, auf welchem Gebiete er glückliche Beobachtungsgabe mit sorgfältigstem Studium verband. Aber auch als Porträtmaler war er gesucht. Eine seiner bekanntesten Schöpfungen ist ein Reiterbild des letzten Kurfürsten von Hessen, welches mehrach vervielfältigt und dadurch bei dem Volke bekannt geworden ist.

-j **Jena,** 15. März. Die hiesige Sektion des deutsch-österreichischen Alpen-Vereins veröffentlicht soeben ihren ersten Jahresbericht. Nach demselben ist die Sektion Jena in erfreulicher Weise in fortwährendem Wachsthum begriffen, so daß die Mitgliederzahl von ursprünglich 16 bereits auf 38 angewachsen ist. Mit der Bildung einer Sektionsbibliothek beschäftigt, enthält das für die Sektion angelegte Herbarium bereits über 200 Pflanzen. Da sich das bisherige Vereinslokal jetzt als zu klein erweist, ist für die ferneren Sitzungen zeitg. Versammlungen ein größeres Lokal im Hotel „Zum deutschen Hause" gewählt worden.

Bernburg, 15. März. Der zwischen Anhalt und dem preuß. Staate abgeschlossene Staatsvertrag, den Bau zweier Eisenbahnen von Könnern über Bernburg und Nienburg nach Kalbe a. S., bezw. von Ballenstedt über Gernrode und Suderode nach Quedlinburg betr., ist dem Landtage in seiner jetzigen Session zur Genehmigung vorgelegt worden. — An Stelle des mit 1. April im „dienstlichen Interesse" von hier nach Oebisfelde versetzten Bahnhofs-Inspektors Thoms wird der bisherige Bahnhofs-Inspektor zu Güsten, Herr Westphal entreten. — In der Beleidigungsklage des Bürgermeisters und Magistrats der Stadt Bernburg wider den Herausgeber und Redacteur des „Anhalter Kurier", Herrn J. Bacmeister, hat das Reichsgericht die von letzterem eingelegte Berufung gegen das erstinstanzliche Straferkenntniß verworfen

---

— **Bei Arnstadt** wurde am 10. d. ein Landbriefträger **völlig erstarrt** im hohen Schnee gefunden. Die Hilfe kam gerade noch zur rechten Zeit. Weniger glücklich waren vier Personen — eine Frau mit ihrem vierzehnjährigen Sohne und zwei Dienstmädchen — die von Plaue nach Wolfis bei Arnstadt gehen wollten. Die Wanderer verirrten sich auf einem langen Fußwege und kauerten sich erschöpft und von der Nacht überrascht im freien Felde nieder. Die eine Dienstmagd vermochte dann noch, aus dem nahen Dorfe Hilfe zu holen, die Mutter des Knaben wurde zwar auch dorthin gebracht, starb aber trotz sofortiger ärztlicher Hilfe bald, die beiden Mädchen haben beide Füße und der Knabe Hände und Ohren erfroren.

— In Eisenach sind für die Wiederherstellung der Nikolaikirche zu einer romanischen Basilika bereits über 14,000 M. gesammelt, darunter vom weimarischen Fürstenhaus 6000, vom Kaiser 1000, von der Kaiserin 600 M.; neuestens hat ein eisenacher Bürger dazu 20,000 M. gestiftet.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Der Munizipalrath von Venedig beschloß am Freitag dem 16. d., für Richard Wagner eine Gedenktafel von Marmor am Palaste Bendramin anbringen zu lassen.

---

r. Lamprecht, Initialornamentik vom 8.—12. Jahrhundert. Leipzig. Alfons Dürr, 1882. Der durch verfassungs- und wirthschaftsgeschichtliche Arbeiten bekannte Verfasser, zur Zeit Privatdocent in Bonn, hat hier eine „Nebenfrucht der Studien" veröffentlicht. Er hat in den rheinischen Handschriften des früheren Mittelalters, welche er für deutsche und französische Wirthschaftsgeschichte durchforschte, so viel bisher unverwertetes und unbekanntes Material für die Kunstgeschichte gefunden, daß er dadurch zu weitergehenden Forschungen angeregt wurde. Er geht bei seinen Untersuchungen von den einfachsten Elementen, dem Punkte, der Linie u. s. w. aus und kommt zu höchst interessanten Ergebnissen. Wir müssen bei dem beschränkten Raume uns leider versagen, auf die für die ganze deutsche Kultur- und Kunstgeschichte überaus wichtigen Resultate näher einzugehen und erlauben uns nur noch auf die beigegebenen 40 Tafeln mit Abbildungen der prächtigsten Initialen und Miniaturen aus der oben genannten Zeit aufmerksam zu machen.

Vermischtes.

— [Zum Kossäthschen Morde] bringt der „Berl. Börsen-Cour.", dem wir natürlich die Verantwortlichkeit dafür überlassen müssen, folgendes: In später Abendstunde erhalten wir aus Bremen auf unsere telegraphische Anfrage, ob Robert Sander am 10. Februar mit der „Weser" nach Baltimore abgereist ist, folgende Antwort: „Robert Sander, soweit bekannt, gereist. Lloyd." Wenn diese Depesche eine korrekte Thatsache meldet, dann wären alle Kombinationen über den Hanfen geworfen und die Polizei wäre einem in Bezug auf den Mord fälschlich Verdächtigten nachjagt, während der wirkliche Mörder unsiemehr Zeit gewann, zu entkommen. Andere Mittheilungen lassen es dagegen als ganz bestimmt erscheinen, daß Sander am Tage nach der That, selbst nach Entdeckung des Mordes, in Berlin verweilte. — Für die bedauernswerthe Familie des Ermordeten wird voraussichtlich ausreichend gesorgt werden. Herr Staatssekretär Dr. Stephan hat der Ehefrau zur Deckung der durch den Todesfall verursachten Kosten bereits 300 M. einhändigen lassen. — Den berliner Briefträgern ist anläßlich der Mordaffaire übrigens aufs neue eingeschärft worden, von den Empfängern von Postsendungen keine Erkundigungen anzunehmen, auch die schon bestehende Anordnung genau zu beobachten, wonach bei Aushändigung von Werthsachen an Chambregarnisten der Vermiether und in Gasthöfen ein Kellner oder Portier zuzuziehen ist.

— [Ein Laien-Urtheil über den Werth der Stenographie.] Bei dem 25jährigen Stiftungsfeste des Gabelsberger Stenographenvereins zu Frankfurt a/M. hielt Herr Professor Dr. Zeibig aus Dresden die Festrede über den Nutzen der Stenographie im öffentlichen und privaten Leben. Nach ihm ergriff der Oberbürgermeister von Frankfurt, Miquel, das Wort zu folgender bemerkenswerthen Aussprache: Er könne nicht umhin, sein Interesse und hohe Sympathie für die Stenographie auszudrücken. Er selbst sei in der Lage, ein praktisches Zeugniß ablegen zu können; er könne sein Amt nicht in der Weise, wie er es für nothwendig halte, verwalten ohne die Stenographie. Ohne sie wäre er ein Mann der Schreibstube und würde einen großen Theil seiner Zeit, die er mit Sehen, Hören, Kontrolliren, Verhandlungen mit anderen Menschen nothwendig verbringen müsse, verlieren. Er habe einen jungen Stenographen, dem er, wenn er einen Moment Zeit habe, diktire, um somit einen Bericht, an welchem er Stunden lang zu schreiben hätte, in einer Viertelstunde fertig zu bringen, um dann wieder seinen anderen Geschäften nachgehen zu können. Er halte sich auf diese Weise den Kopf frei und außerdem sei es für seine Gesundheit viel nützlicher; er bedaure nichts lebhafter, als daß die Chefs der Behörden, für die es geradezu gefährlich sei, selbst viel zu schreiben, sich der Stenographie nicht bedienen. Wenn man eine höhere verantwortliche Stellung habe, dirigiren und disponiren müsse, werde man die Richtigkeit des Satzes immer fühlen. Was andere thun können nicht selber thun, d. h. seine Kräfte auf das Entschiedenste und Wichtigste zu konzentriren, da sei gerade die Stenographie dem Chef eines großen Handelshauses, einer großen Verwaltung, dem Präsidenten eines Gerichtshofes genau ebenso nothwendig wie dem Feldherrn der Generalstab. „Ich bin fest überzeugt", schloß der Herr Oberbürgermeister, „daß dieses Schritt für Schritt immer mehr anerkannt werden, daß das ungeheuer rasche Aufblühen auf diesem Gebiete immer mehr der Stenographie Boden verschaffen wird und ich erblicke im Fortschreiten der Stenographie zugleich eine Befreiung unserer Behörden von einer unnützen, weitläufigen, kostspieligen und zeitraubenden Schreiberei; ich kann nur wünschen, daß namentlich auch in unseren städtischen Aemtern, unseren großen Banken und Kaufhäusern die Bedeutung der Stenographie immer mehr begriffen werde zum Nutzen und Frommen ihrer selbst."

— [Lutherdenkmal in Amerika.] Eine Anzahl hervorragender geistlichen lutherischer Konfession erließ an die in den Ver. Staaten lebenden Protestanten einen Aufruf zur Bildung eines Fonds für die Errichtung einer Bronze-Kolossal-Statue zum Andenken Martin Luthers in Washington.

— [Eine Familie ermordet.] In dem ungarischen Orte Lipot an der Donau in der kleinen Schütt, wurde am 13. März ein grauenvolles Verbrechen begangen. Der dortige Grundbesitzer Erasmus Wennes kehrte mit seinem älteren Sohne gegen 10 Uhr nachts nach Hause zurück; als er das Zimmer betrat, bot sich ihm ein Entsetzen erregender Anblick dar: seine Frau, zwei Töchter und ein Sohn, im Alter von 11, 6 und 3 Jahren, lagen ermordet und förmlich in Stücke zerhackt auf dem Fußboden in einer riesigen Blutlache; eine Holzhacke, mit welcher das Verbrechen verübt wurde, fand man in einer Ecke neben dem Ofen. Ein Betrag von 150 Fl., welchen der Bauer vor wenigen Tagen für verkauftes Vieh erhalten, wurde geraubt. Der Bauer hatte beabsichtigt sein Anwesen und alle seine Habeligkeiten zu verkaufen, um in wenigen Wochen mit Familie nach Amerika auszuwandern. Einer früheren Nachricht zufolge wäre der Mörder bereits ermittelt.

— [Hungersnoth in Rußland.] Auch in den von Deutschen bewohnten Kolonieen des südlichen Rußlands (besonders in den Kreisen Odessa und Terespol) herrscht eine so große Theuerung, daß sie immer mehr den Charakter einer Hungersnoth anzunehmen droht.

— [Konkurs.] Dem prager Landgerichte liegt gegenwärtig ein Gesuch um die Konkurseröffnung über das Vermögen des derzeit in Paris weilenden Prinzen Heinrich von Hanau vor. Die Passiva erreichen an 400,000 Gulden, während zur Schuldzahlung nur 70,000 Gulden aus dem testamentarischen Erbtheil vorhanden sind.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

— Berliner Börse, 16. März. (Original-Wochenbericht der Saale-Zeitung.) Unsere Börse beschäftigte sich in der abgelaufenen Berichtswoche weit mehr mit auswärtigen Vorkommnissen als mit eigenen Angelegenheiten. Die bessere Gestaltung der Geldverhältnisse, die Beendigung des Geldabflusses nach Amerika sowie die Abnahme der spekulativen Engagements unseres Platzes fanden nicht die mindeste Beachtung, dagegen gestattete man den anarchistischen Bewegungen in Paris, der projektirten Eliminirung von 1200 Millionen Francs amortisabler französischer Rente und den personellen Reibereien im Verwaltungsrathe der Oesterr. Kreditanstalt eine unberechtigt große Einflußnahme auf die Tendenz. Die letztere trug alle Kriterien der Unsicherheit und Unentschlossenheit zur Schau und bewirkte eine weitere Abnahme des Geschäftsumfanges. Es ist nicht ein einziges Gebiet zu nennen, welches sich einer kräftigen Bewegung zu erfreuen gehabt hätte. Die Kursfluktuationen blieben aus diesem Grunde geringfügig und die Preisänderungen sind gegenüber der Vorwoche kaum beachtenswerth. Das viel mißbrauchte ungarische Konversirungsgeschäft erhielt keinen Platz in der Phantasie der Spekulation, die Ausführung desselben schien neuerdings wieder vertagt. Als logische Konsequenz dessen trat eine Vernachlässigung des Gebietes der österreichisch-ungarischen Renten ein, der sich die übrigen ausländischen Valeurs nicht zu entziehen vermochten. Die russischen Fonds litten noch specialiter unter dem Eindrucke des Selbstmordes des früheren Ministers Makow, dessen Tragweite entschieden überschätzt wurde. Zeitweise entwickelte sich eine turbulente Bewegung in den Aktien der österreichischen Südbahn, deren Verkehrsverhältnisse von Tag zu Tag, häufig auch während ein und derselben Börsenversammlung, eine verschiedenartige Beurtheilung erfuhren. In ostentativer Weise wurden die Dividendenkupons der Gesellschaft mit 4 Proz. aufgekauft, so daß angenommen ist, daß eine größere Gruppe die Favorisirung des Papieres sich zur Aufgabe gemacht hat. Das Effekt überschritt seinen höchsten bisher innegehabten Standpunkt und verlästt den dieswöchentlichen Verkehr mit einer Kursavance von 4¼ Proz. Marienburg-Mlawkaer konnten sich von ihrem letzten Rückgange durch einen Aufschwung von 1,90 Proz. theilweise erholen. Gute Meinung zeigte sich in den letzten Tagen infolge der gebesserten Instradirungsverhältnisse für alle schlesischen Transportwerthe, von welchen Freiburger 1,60 Proz. und rechte Oderuferbahn ½ Proz. höher bezahlt wurden. Schwache Haltung dokumentirten die Montanwerthe, welche von unbefriedigenden Berichten aus den schlesischen Industriebezirken in rückläufige Richtung gedrängt wurden. Auf dem Bankenmarkte herrschte eine ausgesprochene Lustlosigkeit, die durch die Festsetzung der Dividende der Darmstädter Bank (8¼ Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre) noch erhöht wurde. Die inländischen Anlagepapiere tendirten ziemlich fest, kamen aber nur in mäßigen Beträgen zum Umsatze. Der Privatdiskonto ist von 3⅞ Proz. wieder auf 3¾—⅝ Proz. zurückgegangen, tägliches Geld bleibt im Markte leicht und in jedem Betrage à 2½ Proz. erhältlich.

---

* **Berlin,** 15. März. Weizen 19,80—20,20 M., Roggen 13,40—13,70 M. Gerste 19,60—19,80 M., Hafer 14,60—15,00 M. (gute Sorte). Richtstroh 0,00—0,00 M., Heu 0,00—0,00 M., Erbsen 22—32 M., Speisebohnen, weiße, 26,00—43,00 M., Linsen 36,00—52,00 M., Kartoffeln 6,25—7,50 M. per 100 Kilogr. Rindfleisch 1,10—1,40 M., Schweinefleisch 1,00—1,40 M., Kalbfleisch 1,00—1,50 M., Hammelfleisch 1,00—1,40 M., Butter 2,00—2,80 M. per 1 Kilogr. Eier, 60 Stück, 2,90—3,30 M.

* **Berlin,** 16. März. Rüböl. Termine still. Gek. — M., pr. 100 Kg. Loco m. F. — o. F. — M., pr. diesen Monat —, pr. März-April —, pr. April-Mai 78,0—78,9—00,0 bez., pr. Mai-Juni 78 M., pr. Juni-Juli —, pr. Juli-Aug. —, pr. Sept.-Okt. 62,6—62,8—00,0 bez. — Leinöl pr. 100 Kilogr. loco o. F. —, Lief. —, — Spiritus. Term. etwas matter. Gek. —,— Liter, per 100 Liter à 100 % = 10,000 Liter-Proz. Loco mit Faß (ausgenommen Spiritus), pr. diesen Monat u. pr. März-April 53,3 nom., pr. April-Mai 53,0—53,6—53,7 bez., pr. Mai-Juni 54,1—54,0 bez., pr. Juni-Juli 55,1—55,0 bez., pr. Juli-Aug. 55,8—55,7—00 bez., per Aug.-Sept. 55,9—00,0 bez., pr. Sept.-Okt. —, bez. — Spiritus pr 100 Liter à 100% = 10,000 Literproz. loco ohne Faß 53,3 bez., mit leihweisen Gebinden 53,75 bez.

* **Stettin,** 16. März. nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen fest, loco 150—186, pr. Apr.-Mai 188,50, pr. Mai-Juni 189,50, pr. Juni-Juli 191,00. Roggen fest, loco 115—128, pr. April-Mai 134,00, pr. Mai-Juni 136,00, pr. Juni-Juli 138,50. Rüböen pr. April-Mai 306, pr. Sept.-Okt. 284,00. Rüböl matt, 100 Klgr. pr. Apr.-Mai 76,50, pr. Sept.-Okt. 62,70. Spiritus geschäftslos, loco 52,80, pr. März 52,80, pr. April-Mai 53,40, pr. Juni-Juli 54,60.

* **Posen,** 16. März. (Telegr.) Spiritus loco ohne Faß 51,90, pr. März 51,50, pr. April-Mai 51,90, pr. Juni 52,70, pr. Aug. 53,80. Gek. —,— Lit. Fest.

* **Köln,** 16. März., nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen hiesiger loco 19,50, fremder loco 20,25, pr. März 19,45, pr. Mai 19,65, pr. Juli 19,90. Roggen loco 14,50, pr. März 14,30, pr. Mai 14,30, pr. Juli 14,65. Hafer loco 14,00. Rüböl loco 39,30, pr. Mai 39,30, pr. Okt. 32,50.

* **Breslau,** 16. März. nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Spiritus pr. 100 Liter 100%, pr. April-Mai 51,80, pr. Aug.-Sept. 53,90, pr. Sept.-Okt. 53,30. Weizen pr. März 182,00. Roggen pr. April-Mai 129,00, pr. Mai-Juni 132,00, pr. Sept.-Okt. 142,00. Rüböl pr. April-Mai 76,50, pr. Mai-Juni —, pr. Sept.-Okt. 62,00. Zink unverändert.

* **Hamburg,** 16. März. nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen loco unv., auf Term. fest, pr. April-Mai 186,— Br., 185,— Gd., pr. Mai-Juni 188,— Gd., 187,— Gd. Roggen loco unv., auf Term. fest, pr. April-Mai 133,— Br., 131,— Gd., pr. Mai-Juni 135,— Br., 134,— Gd. Hafer und Gerste unv. Rüböl still, loco 79,00, pr. Mai 77,00. Spiritus unv., pr. März 43,25 Br., pr. April-Mai 40,75 Br., pr. Juni-Juli 41,25 Br., pr. Juli-Aug. 41,75 Br. Kaffee ruhig, Umsatz gering.

* **Wien,** 16. März. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen pr. Frühjahr 10,00 Gd., 10,03 Br., pr. Sept.-Okt. 10,50 Gd., 10,55 Br. Roggen pr. Frühjahr 7,50 Gd., 7,55 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,00 Gd., 7,05 Br. Mais (international) pr. Mai-Juni 6,82 Gd., 6,85 Br.

* **Pest,** 16. März. vorm. (Telegr.) **Produktenmarkt.** Weizen loco schwach, pr. Frühjahr 9,60 Gd., 9,62 Br., pr. Herbst 10,15 Gb., 10,17 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,48 Gd., 6,50 Br. Mais pr. Mai-Juni 6,33 Gd., 6,35 Br. Kohlraps pr. Aug.-Sept. 14.

* **Paris,** 16. März. nachm. (Telegr.) Rohzucker 88° loco fest, 51,25 à 51,50. Weißer Zucker beh., Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März 60,00, pr. April 60,30, pr. Mai-Aug. 61,60, pr. Oct.-Jan. 60,50.

* **Paris,** 16. März. nachm. (Telegr.) **Produktenmarkt.** (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. März 25,25, pr. April 25,60, pr. Mai-Juni 26,50, pr. Mai-Aug. 27,25. Roggen ruhig, pr. März 16,50, pr. Mai-Aug. 17,50. Mehl 9 Marques weichend, pr. März 57,30, pr. April 57,75, pr. Mai-Juni 58,75, pr. Mai-Aug. 59,25. Rüböl fest, pr. März 105,50, pr. April 106,50, pr. Mai-Aug. 101,00, pr. Sept.-Dez. 83,00. Spiritus ruhig, pr. März 55,25, pr. April 55,50, pr. Mai-Aug. 55,75, pr. Sept.-Dez. 52,75.

* **Amsterdam,** 16. März. nachm. (Telegr.) Banczinn 59.

* **London,** 16. März. nachm. (Telegr.) Havanazucker 23 nominell. Centrifugal Cuba 23¾.

---

* **Liverpool,** 15. März., nachm. (Telegr.) (Offizielle Notirungen.)

Upland good ordinary	5	Smyrna fair	—
„ low middl.	5 7/16	M. G. Broach fair	—
„ middl.	5 5/8	Dholleraß middl.	—
Mobile middl.	—	„ good middl.	3 3/16
Orleans good ordin.	5 5/8	„ middl. fair	3 9/16
„ low middl.	5 9/16	„ fair	3 7/8
„ middl.	5 11/16	„ good fair	4 1/8
„ middl. fair	6 1/8	„ good	4 1/8
Pernam fair	6	Comra fair	4 1/8
Santos fair	—	„ good fair	4 3/16
Bahia fair	—	„ good	4 1/8
Maceio fair	5 15/16	Scinde fair	3
Maranham fair	6 1/4	Bengal fair	3 1/8
Egyptian brown middl.	4 3/4	„ good fair	3 3/8
„ „ fair	7 1/8	Madras Tinnevelly fair	4 1/8
„ „ good fair	8 1/4	„ „ good fair	4 13/16
„ white middl.	—	Western fair	3 3/4
„ „ fair	6 3/4	„ good fair	4
„ „ good fair	7 1/4		

* **New-York,** 15. März. (Telegr.) **Waarenbericht.** Baumwolle in New-York 10¼, do. in New-Orleans 9 11/16. Mehl 4 D. 25 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 22 C., do. pr. März 1 D. 20⅞ C., do. pr. April 1 D. 21⅜ C., do. pr. Mai 1 D. 23¼ C. Mais (New) 71¾ C. Zucker (fair refining Muscovadoes) 7 1/16. Kaffee (fair Rio-) 9¼. Schmalz (Wilcox) 11¼, do. (Fairbank) 11¼, do. Rohe u. Brothers 11 1/16. Speck 10⅞. Getreidefracht nach Liverpool 4.

Petroleum. * **Bremen,** 16. März. nachm. (Telegr.) (Schlußbericht.) Steigend. Standard white loco 7,75 bez., pr. April 7,75 à 7,80 bez., pr. Mai 7,90 à 7,95 bez., pr. Juni 8,10 bez., pr. Aug.-Dez. 8,55 bez. — * **Hamburg,** 16. März. nachm. (Telegr.) Höher. Standard white loco 8,00 Br., 7,90 Gd., pr. März 7,90 Gd., pr. Aug.-Dez. 8,50 Gd. — * **Stettin,** 16. März. nachm. (Telegr.) Loco 8,60 M. — * **Antwerpen,** 16. März. nachm. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., pr. April 19½ Br., pr. Mai 19½ Br., pr. Sept.-Dez. 21¼ Br. Steigend. — * **Berlin,** 16. März. Term. steigend. Raffinirtes (Standard white) per 100 Klgr. mit Faß in Posen von 100 Ctr. Gek. —.— Ctr. per 100 Kilogr. Loco — bez., per diesen Monat 24,4 bez., pr. April-Mai 24,3 bez., pr. April-Mai 24,2, pr. Sept.-Okt. — bez. — * **New-York,** 15. März. nachm. (Telegr.) Standard white in New-York 8¼ Gd., do. in Philadelphia 8 Gd., rohes Petroleum in New-York 7, do. Pipe line Certificates — D. 99 C.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18830318030/fragment/page=0002